

Der Terror und die Staatsräsion

VON JOSEF JOFFE

Es gibt eine rätselhafte Liebesbeziehung zwischen Deutschland und Iran, die bis zum Anfang dieses Jahrhunderts zurückreicht und jeden Krieg, jeden Umbruch, jede Revolution überstanden hat. Sie wird hübsch symbolisiert durch jene Waffenfabrik unterhalb des Teheraner Niawaran-Palastes, die der deutsche Staat Reza Schah in den zwanziger Jahren eingerichtet hat. Die Waffenbruderschaft, mitsamt deutschen Vorarbeitern, sollte alle Wirrnisse überdauern: die Weimarer Republik und Hitler, vom Schah bis zur khomeinistischen Revolution.

War's der Seelenverbund zwischen 'Ariern'-West und 'Ariern'-Ost? Das ist rassistischer Blödsinn. Tatsache aber ist, daß die alten Reflexe bis in die heutigen Tage des Terrors funktionieren. Wenn die Amerikaner 1995 das Embargo gegen Iran mit dem Hinweis auf Terror-Hilfe verschärfen, wendet sich das Regime automatisch an die Deutschen; vielleicht könnte man mit deren direkter Hilfe den enger werdenden Ring sprengen. Und die Bonner? Sie verweigern den Boykott und organisieren alsbald auch einen 'kritischen Islam-Dialog' - eine Konferenz, die peinlicherweise platzt, weil die Iraner sich allzu laut über den Rabin-Mord gefreut hatten. Die klassische Theorie hat Außenminister Kinkel just so formuliert (SZ, 7. März): 'Bei der Iran-Politik haben wir eine andere Auffassung (als die USA). Wir wollen dialogorientierte Politik machen. Mit Dialog ist mehr zu erreichen als mit Wortlosigkeit.'

Das ist ein schönes Prinzip, aber es greift zu kurz. Manchmal kann man nicht, manchmal darf man nicht mit jedem reden. Man kann nicht, wenn dabei nur ein Dialog der Gehörlosen herauskommt - wenn die andere Seite einfach nicht versteht, wovon wir reden: etwa von fairen Prozessen oder der Abscheu vor dem Terror. Und man darf nicht, wenn die andere Seite systematisch gegen unsere Werte und unsere Interessen verstößt.

Interessen? Betrachten wir das kalte Prinzip, das ein deutscher Kanzler im Blick auf den Iran aufgestellt hat: 'Die politischen Verhältnisse in vielen Ländern entsprechen nicht unseren Vorstellungen. Doch sind wir nicht dazu ausersehen, uns zu deren Richtern aufzuwerfen.' Unsere Außen- und Wirtschaftspolitik 'muß frei bleiben von ideologischen Vorurteilen'. Wir wünschen keine Einmischung in 'unsere inneren Angelegenheiten'. Das muß dann auch ein Grundsatz sein, an den sich unser Staat im Verhältnis zu anderen hält.' Wer das war? Willy Brandt, 1972.

An diesem realpolitischen Rezept ist mindestens die Hälfte falsch. Werte sind nicht 'ideologische Vorurteile'. Und Außenpolitik, die alles andere im Namen des Dialogs oder Profits ignoriert, schadet - ganz realpolitisch - auch den eigenen Interessen. Nehmen wir

Iran. Nicht alles, was Teheran in diesen Tagen angelastet wird, kann auch belegt werden. Bis vor kurzem stand nur fest, daß Teheran die Terrortruppe 'Islamischer Dschihad' unterstützt; unklar ist, ob inzwischen auch Hamas ein Nutznießer und Handlanger geworden ist. Klar ist aber, daß die staatlichen Medien Irans und Libyens die jüngsten Mordwellen in Israel als Heldentaten gefeiert haben. Klar ist auch, daß Iran allerlei Gruppen und Grüppchen munitioniert, die den Friedensprozeß zu morden versuchen.

An diesem Punkt verkommt das Brandt-Prinzip zum Zynismus, der sich zudem noch gegen die deutschen Interessen wendet - erst recht, wenn man zynischerweise hinzufügt, daß nun die deutschen Iran-Exporte von acht auf drei Milliarden gefallen sind. Es ist ein Ur-Interesse der Republik, daß der Nahostfrieden nicht den Mördern zum Opfer fällt. Wer dann weiter 'dialogisiert', der zeigt zumindest Neutralität, wo es solche nicht geben darf - und läßt sich so von jenen instrumentalisieren, die das Scheitern des Friedensprozesses wollen.

Die richtige Wertentscheidung ist häufig auch die richtige Realpolitik - das ist das Prinzip. Jene, die allem Dialog zum Trotz die Friedensfeinde begünstigen, die ihnen moralisch und finanziell zur Seite stehen, können keine Dialogpartner sein. Statt dessen müssen sie den Preis ihrer Politik erkennen: Verweigerung, Ächtung, Isolierung. Nur so werden sie zum scharfen Kalkulieren gezwungen: Was ist uns wichtiger - das Gemeinmachen mit den Friedensfeinden oder der nutzbringende Verkehr mit dem Rest der Welt? Nährt man so die Verhärtung? Auch die verbohrtesten Ideologen müssen rechnen; wer aber nur das Zuckerbrot hinreicht, gar aus der Peitschen-Fraktion ausscheidet, darf sich nicht wundern, wenn die Kompromißbereitschaft nicht wächst.

Am Mittwoch hatte Bonn noch den 'kritischen Dialog' gepriesen, gestern hieß es schon: 'aber nicht um jeden Preis'. Kinkel hat von Teheran die 'klare Verurteilung' der Terroranschläge gefordert. Richtig ist, daß er dabei noch eine weitere Schraubendrehung vollzogen hat: Die Haltung zum Friedensprozeß sei ein 'wichtiger Prüfstein für unsere Beziehungen' zu jedweddem Land. Richtig ist auch die Blitzreise des Außenministers nach Israel, zu Peres und Arafat. Das Signal? Die Bundesrepublik steht auf der Seite jener, die für den Frieden kämpfen.

Ist dies das Ende der rätselhaften Liebesbeziehung? Wohl nicht. Auf jeden Fall scheint die deutsche Außenpolitik erkannt zu haben, daß Freundschaft nicht bedingungslos florieren kann. Und das ist gut so. Zwischen Staaten heißt Freundschaft noch immer do ut des - auf deutsch: Auch du stehst in der Pflicht.